



**Dr. Axel Berg**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher der SPD-Fraktion in der Energie-Enquête-Kommission

Wahlkreisbüro:

Karl-Theodor-Straße 68, 80803 München

Tel.: (089) 394180 Fax: (089) 33029906

e-mail: axel.berg@wk.bundestag.de

homepage: www.axel-berg.de

Referent Stefan Wagner

München, den 17. Mai 2002

## **„Generationenkonflikt oder neuer Generationenvertrag?“**

**Bundesfamilienministerin Dr. Christine Bergmann auf Einladung von Dr. Axel Berg zu Gast in München.**

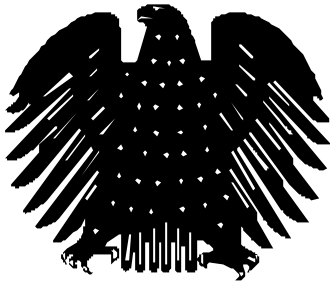
Der mit über 100 Besuchern trotz sonnigem Biergartenwetters voll besetzte Saal des Alten- und Service-Zentrums Milbertshofen am letzten Mittwoch zeigte das große Interesse an diesem Thema. Die Ministerin nutzte ihren Münchenbesuch auch dazu, Axel Berg im Bundestagswahlkampf zu unterstützen: „Er weiß, wo der Schuh drückt, was in seinem Wahlkreis los ist, was die Leute dort bewegt. Axel Berg gehört zu den jungen und engagierten Politikern. Wir brauchen ihn in Berlin.“

Die Diskussion über die sozialen, materiellen und rechtlichen Rahmenbedingungen eines verantwortungsvollen Umgangs zwischen Jung und Alt führt die SPD-geführte Bundesregierung keinesfalls nur in Fachzirkeln, sondern mit den Betroffenen direkt. Sowohl Christine Bergmann als auch Axel Berg betonten, dass es Aufgabe der Politik ist, einen neuen Generationenvertrag zu schaffen: „Der demographische Wandel unserer Gesellschaft bedroht den bestehenden Generationenvertrag. Die Älteren bangen um ihre Altersversorgung, die Jüngeren um ihre Bildungschancen“, so Axel Berg in seiner Einführung.

Viele Menschen würden gerne Kinder haben. Doch das Hauptproblem ist: Wie bringe ich Familie und Beruf in Einklang. Gerade Frauen müssen diesen Spagat zwischen Kind und Beruf bewältigen. Die Bundesfamilienministerin, selbst Mutter und Großmutter, kennt dieses Problem nur zu gut: „Wir brauchen ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindergarten-, Kinderkrippen- und Hortplätzen. Flexibel und mit erweiterten Öffnungszeiten. Und: Ganztagesangebote an allen Schulen, in allen Bundesländern!“

Die Bundesregierung unterstützt Länder und Kommunen, indem sie vier Milliarden Euro für den Ausbau der Ganztagesbetreuung zur Verfügung stellt, obwohl Kinderbetreuung eigentlich Ländersache ist. Bayern liegt in Sachen Ganztagesbetreuung leider an letzter Stelle. Der Bund hat vorgelegt. Bayern muss nachziehen.

**PRESSMITTEILUNG**



## Dr. Axel Berg

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher der SPD-Fraktion in der Energie-Enquête-Kommission

Wahlkreisbüro:

Karl-Theodor-Straße 68, 80803 München

Tel.: (089) 394180 Fax: (089) 33029906

e-mail: [axel.berg@wk.bundestag.de](mailto:axel.berg@wk.bundestag.de)

homepage: [www.axel-berg.de](http://www.axel-berg.de)

Referent Stefan Wagner

Um die Chancen der demographischen Entwicklung zu nutzen, ihre Risiken jedoch zu minimieren, wurde die Familienpolitik seit 1998 grundlegend reformiert. Nach Schätzungen des Deutschen Kinderschutzbundes lebt in Deutschland jedes fünfte Kind in Armut! Familienpolitik muss sich an der Realität orientieren: Finanzielle Sicherheit schaffen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und das Lebensumfeld familienfreundlich gestalten. 52 Milliarden Euro gibt der Bund dieses Jahr für Familien aus – für direkte Leistungen und für Steuererleichterungen. Das sind rund 12 Milliarden Euro mehr, als die alte Regierung 1998 in die Familien investierte. Damit wurde ein dringend notwendiger Kurswechsel zugunsten der Familien vollzogen.

Fast ein Viertel unserer Bevölkerung sind ältere Menschen über 60 Jahre. Ein neuer Generationenvertrag muss gewährleisten, dass ältere Menschen auch in Zukunft in Würde und selbstbestimmt alt werden. Damit Alt nicht automatisch arm sein bedeutet, wurde mit der Rentenreform ein wichtiger Schritt vollzogen, die Alterssicherung langfristig zu stabilisieren. Der Aufbau einer staatlich geförderten privaten oder betrieblichen Alterssicherung ermöglicht laut Christine Bergmann „eine zusätzliche Sicherheit für ein sorgenfreies Alter, ohne die Rentenbeiträge ins Uferlose steigen zu lassen und somit eine Zumutung für die Jüngeren darzustellen.“

Zudem rief die Ministerin zu einem Umdenken in der Gesellschaft auf: „Mit dem Eintritt ins Rentenalter beginnt eine Phase, in der man viel leisten kann. Ältere Frauen und Männer möchten auch nach der Berufstätigkeit noch mit anderen tätig sein und Gemeinschaft mit jungen und älteren Menschen erleben. Sie wollen sich aktiv gesellschaftlich einbringen. Das ehrenamtliche Engagement ist unverzichtbar und bei vielen Älteren vorbildlich. Ältere Menschen sind kein Problem, sondern eine wertvolle Ressource.“ Die Ministerin kündigte konkret eine grundlegende Reform des Altershilfestrukturegesetzes in der nächsten Legislaturperiode an.

Unsere Gesellschaft braucht die Ideen der Jungen und sie braucht die Erfahrungen der Alten, wenn sie zukunftsfähig sein will. „Mit allen – für morgen“, so lautet der Grundgedanke einer aktuellen Broschüre des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das muss auch der Grundgedanke für einen neuen Generationenvertrag sein.